

Tabelle 3.1: MIP-Bewertungsmatrix – Deutschland

	Schwere des Problems	Entwicklung und Aussichten	Reaktion der Politik
	Ungleichgewichte (auf Dauer nicht tragfähige Trends, Anfälligkeiten und damit verbundene Risiken)		
Außenwirtschaftliche Position	<p>Deutschland verzeichnet einen anhaltend hohen Leistungsbilanzüberschuss, der 2016 geringfügig auf 8,2 % des BIP zurückgegangen und in dem im November 2017 endenden Jahr auf 7,8 % gesunken ist. Die alljährlich registrierten Überschüsse haben zu einem stark positiven Nettoauslandsvermögensstatus geführt, der 2016 55,1 % des BIP erreichte.</p> <p>Dieser Überschuss ist auf die Ersparnisse und den Schuldenabbau in allen Sektoren der Wirtschaft (private Haushalte, Unternehmen und öffentlicher Sektor) zurückzuführen. Am stärksten zur Ausweitung des Sparüberhangs haben in den vergangenen Jahren die hohen Ersparnisse und geringen Investitionen der Unternehmen beigetragen.</p> <p>Die schwachen Inlandsinvestitionen gefährden das künftige Potenzialwachstum Deutschlands. Da die dringende Notwendigkeit des Schuldenabbaus das Wachstum in der EU nach wie vor hemmt, würde eine Intensivierung der Investitionen in Deutschland darüber hinaus sowohl Deutschland als auch seinen Partnern im Euroraum und in der übrigen EU nutzen.</p>	<p>Den Prognosen zufolge soll der deutsche Überschuss zwar abnehmen, auf mittlere Sicht aber bei mehr als 7 % des BIP verharren. Die Importe haben sich in den letzten Quartalen auch im Verhältnis zu den Exporten und dem BIP erhöht. Angesichts des Rücklaufs deutscher Staatsanleihen verzeichnen die Nettokapitalexporte nach wie vor einen hohen Stand, während sich die Anlagen in ausländische Schuldtitel abgeschwächt haben.</p> <p>Der private Konsum hat in den Jahren 2016 und 2017 real um 2,1 % zugenommen und wird sich voraussichtlich nur geringfügig abschwächen. Die niedrigen Zinssätze haben das Konsumverhalten der privaten Haushalte nicht signifikant verändert, sondern vielmehr die Sparneigung verstärkt. Eine ausgedehnte Periode dynamischen Lohnwachstums würde den privaten Konsum stützen, vorausgesetzt dieses Wachstum käme uneingeschränkt den verfügbaren Einkommen zugute.</p> <p>Auf ihrem jetzigen Stand tragen die Investitionen nur wenig zum Potenzialwachstum bei. Die Investitionen des privaten Sektors haben in jüngster Zeit zugenommen, sind aber nach wie vor schleppend und lagen 2016 bei 17,9 % des BIP. Bemerkenswert ist, dass die Infrastrukturinvestitionen kaum auf die günstigen Wachstums- und Finanzierungsbedingungen reagiert haben, was Zweifel an der Entwicklung der künftigen Produktionskapazität der Wirtschaft aufkommen lässt.</p> <p>Die öffentlichen Investitionen zogen 2016 und 2017 an. Bei den deutlich negativen Nettoinvestitionen auf kommunaler Ebene ist allerdings keine Trendwende zu verzeichnen. Zu einer rascheren Ausweitung der öffentlichen Investitionen dürfte es kommen, sobald die finanziellen Erleichterungen und Planungshilfen für die Bundesländer und Kommunen Wirkung zu zeigen beginnen.</p>	<p>Die Reaktion der Politik ist bislang begrenzt geblieben. Es wurden wichtige Schritte zur Ausweitung der öffentlichen Investitionen unternommen, doch haben diese die Investitionsquote noch nicht deutlich angehoben.</p> <p>Deutschland hat nur begrenzt von seinem finanziellen Spielraum Gebrauch gemacht und die außergewöhnlich günstigen Finanzierungsbedingungen nicht in vollem Umfang zur Deckung seines Investitionsbedarfs und zur Verbesserung der Voraussetzungen für private Investitionen genutzt.</p> <p>Die Entlastung der Kommunen bei den Sozialausgaben wird deren Investitionsspielraum erhöhen. Auch die zusätzlichen 0,3 % des BIP, die die Bundesländer im Rahmen der vereinbarten Reform der föderalen Finanzbeziehungen erhalten, könnten Investitionen auf allen Ebenen des Staates erleichtern. Für die Kommunen wurde ein Beratungsdienst geschaffen, der bei den Verwaltungsvorgaben für öffentliche Infrastrukturinvestitionen Erleichterung verschaffen könnte.</p> <p>Begrenzte Anstrengungen wurden 2017 im Hinblick darauf unternommen, den Wettbewerb im Dienstleistungssektor zu beleben, die Effizienz des Steuersystems zu erhöhen, die hohe Steuer- und Abgabenbelastung (insbesondere für Geringverdiener) zu verringern, die Negativanreize für Zweitverdiener zu vermindern, den Wechsel in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis zu erleichtern und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, unter Achtung der Rolle der Sozialpartner ein höheres Reallohnwachstum zu fördern.</p>

Schlussfolgerungen aus der eingehenden Überprüfung

- Deutschland verzeichnet einen anhaltend hohen Leistungsbilanzüberschuss, der der Tatsache geschuldet ist, dass die Investitionen im privaten wie im öffentlichen Sektor gemessen an den Ersparnissen gedämpft sind. Anhaltend schwache Inlandsinvestitionen könnten das Potenzialwachstum auf lange Sicht hemmen. Dies könnte gesamtwirtschaftliche Risiken nach sich ziehen, die Beseitigung von Ungleichgewichten im restlichen Euroraum, wo mehrere Mitgliedstaaten ihren Schuldenstand dringend reduzieren müssen, erschweren und die Wachstumsaussichten im übrigen Euroraum trüben.
- Während sich der private Konsum verstärkt hat, sind die Unternehmensinvestitionen trotz der günstigen Finanzierungsbedingungen nach wie vor gedämpft. Der private Konsum steigt nur deshalb nicht stärker, weil die Löhne trotz des eher angespannten Arbeitsmarktes sowie der anhaltend hohen Steuerlast und der Negativanreize, die bestimmte Gruppen von einer Erwerbstätigkeit abhalten, nur moderat ansteigen. Die öffentlichen Investitionen ziehen an, wenngleich der verfügbare finanzielle Spielraum nicht voll ausgeschöpft wurde.
- Die zur Ausweitung der öffentlichen Investitionen unternommenen Schritte haben noch keinen klaren Aufwärtstrend bei der Investitionsquote bewirkt, der aber erforderlich scheint, um die Infrastrukturinvestitionslücke zu schließen. Die Bemühungen um eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für private Investitionen halten sich bislang sehr in Grenzen. Die Regularien im Dienstleistungssektor sind immer noch äußerst restriktiv und bei der Unternehmensbesteuerung gibt es nach wie vor Ineffizienzen. Fehlanreize, die bestimmte Gruppen von der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit abhalten, mindern nach wie vor die Erwerbsbeteiligung, das verfügbare Einkommen und die Konsummöglichkeiten.

Quelle: Europäische Kommission